

Kritik rund um Kanti-Sanierung prallt ab

Der Regierungsrat lässt sich von der Schelte aus Architektenkreisen über die Planung zur Sanierung nicht beeindrucken.

Daniela Deck

Der SP-Kantonsrat und Architekt Remo Bill ist nicht einverstanden damit, wie das Hochbauamt Ideen zur Sanierung der Kantonsschule Solothurn sammelt. Das Projekt wird auf rund 130 Millionen Franken geschätzt. Anstelle des laufenden selektiven Auswahlverfahrens macht sich der Grenchner angesichts der «Bedeutung der Bauwerke und ihrer Funktion» für einen offenen Planungswettbewerb stark. Unterstützung bekommt er für seine Kritik vom Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein (SIA).

Wenig Freiraum zur Gestaltung

Bill äussert in seiner Kleinen Anfrage grundlegende Befürchtungen: unfaire Voraussetzungen für die teilnehmenden Büros, einen Wettbewerb, bei dem das Honorar zu stark gewichtet wird, und eine Jury, die teilweise befangen ist, weil fünf ihrer sie-



Kantonsrat Remo Bill hat den Regierungsrat mit seinem Anliegen nicht überzeugt. Bild: zvg

ben Mitglieder «mit der Bauherrschaft und den Nutzerinnen und Nutzern in Verbindung stehen».

Der Regierungsrat teilt Bills Befürchtungen nicht, erklärt aber, diese Kritik ernst zu nehmen. Das gewählte Verfahren sei «gesetzeskonform, verhältnismässig und auf die konkrete

Aufgabenstellung zugeschnitten». Das schreibt die Regierung am Dienstag in ihrer Antwort auf den Vorstoss.

Schliesslich sei der gestalterische Freiraum begrenzt. Es gehe um «die Sanierung bestehender, teilweise schützenswerter Gebäude». Der Standort – am Herrenweg und an der Oberen Sternengasse – und das Projekt können nicht frei gewählt werden. Ein Projektwettbewerb oder ein Studienauftrag seien bei dieser Ausgangslage «nicht zwingend vorgeschrieben».

Deswegen sieht die Regierung keinen Anlass, das Verfahren abubrechen, und schreibt: «Ein Verfahrenswechsel würde lediglich das dringliche Vorhaben verzögern und zusätzliche Kosten verursachen. Die Sanierung und der Umbau werden mit dem gewählten Verfahren kosteneffizient umgesetzt.»

Das Verfahren sei ordnungsgemäss ausgeschrieben worden, ohne dass jemand Be-

schwerde geführt habe. Aus den 15 Bewerbungen seien sieben Teams ausgewählt worden, wobei der Regierungsrat die Auswahl mit Beschluss vom 30. Juni bestätigt habe. Auch dagegen sei kein Rechtsmittel ergriffen worden. Der Vorstoss wurde eine Woche zuvor eingereicht.

Die Denkmalpflege ist mit an Bord

Zur Qualität und Kompetenz im Umgang mit der Bausubstanz erklärt der Regierungsrat, die denkmalpflegerische Fachkompetenz sei bei dem Verfahren «zusätzlich abgesichert». Der Leiter der kantonalen Denkmalpflege sei als Experte beigezogen worden und bringe seine Beurteilung in das Verfahren ein. «Damit wird sichergestellt, dass der Umgang mit der historischen Bausubstanz, der Erhalt der charakteristischen Merkmale und die Verträglichkeit geplanter Eingriffe fachlich beurteilt werden.» Im Übrigen sei das Verfahren nicht unfair. Alle

Teams hätten Zugang zu den relevanten Unterlagen.

Die entscheidenden Ergebnisse aus früheren Studien seien mit der Ausschreibung zugänglich gemacht worden. Neue Erkenntnisse würden «allen Teams gleichzeitig und in gleicher Weise zugänglich gemacht».

Auch die Kritik an der Jury, welche die ausgewählten Generalplaner beurteilen wird, lässt die Regierung nicht gelten: «Das stimmberechtigte Bewertungsgremium wird zudem durch erfahrene Architektinnen und Architekten sowie weitere Fachpersonen aus Städtebau, Gebäudetechnik, Bauingenieurwesen und Risikomanagement ergänzt.»

Team ist verbindlich zusammengesetzt

Die Kriterien, die erfüllt sein müssen, werden in der Stellungnahme des Regierungsrats ebenfalls genannt: «Erfahrung und Qualifikation der Schlüs-

selpersonen, die Leistungsfähigkeit der Organisation, das Baumanagement sowie die Fähigkeit des Teams, eine komplexe Sanierung unter laufendem Schulbetrieb kosten-, termin- und qualitätssicher umzusetzen.»

Dabei sei die Zusammensetzung des Teams des Generalplaners für die Auftragserfüllung «grundsätzlich verbindlich» und müsse vom Hochbauamt genehmigt werden. Wer ungeeignet erscheint oder nicht über genügend Referenzen verfügt, könne abgelehnt werden.

Auf die Regierungsantwort reagiert Remo Bill mit Enttäuschung. Im Sanierungsprojekt stecke, anders als von der Regierung dargelegt, «beachtlicher Gestaltungsspielraum» und «gesetzlich erlaubt heisst lange nicht bestmöglich oder sinnvoll», erklärt er auf Anfrage. «Man wird den Eindruck nicht los, dass das Verfahren unzureichend vorbereitet und etwas unreflektiert ausgelöst wurde.»

Pflege sucht neue Wege

In Solothurn diskutierten Heime, Spitex, Gemeinden und Kanton über ambulante Pflege und innovative Projekte.

Sophie Deck

Die Pflege befindet sich im Wandel – so auch im Kanton Solothurn. Einerseits wird mit dem neuen Finanzierungssystem EFAS die Finanzierung der Pflege ab 2032 schweizweit neu organisiert. Andererseits gab es im Mai 2026 einen Entscheid des Verwaltungsgerichts Solothurn, der besagt, dass Pflegeheime auch kurzfristige Kostensteigerungen bei ihren Taxen geltend machen können, Heime aber auch wirtschaftlich arbeiten müssen. Weil die Gemeinden die Pflege mitfinanzieren, gibt es beim Punkt Wirtschaftlichkeit Spannungen zwischen Pflegeheimen und Gemeinden. Durch das Altern der Bevölkerung und den Fachkräftemangel steht die Pflege zudem unter Druck.

So braucht es für die Zukunft Lösungsansätze. Um solche zu diskutieren, kamen am Montagabend Vertreter von Pflegeheimen und Spitex, Gemeinden und Kanton im Alten Spital in Solothurn zusammen zum Spätsommerforum. Das Thema war «Pflegekosten unter Druck – wie sichern wir die Versorgung von morgen?» Das Forum wurde durchgeführt vom Spitex-Verband Kanton Solothurn (SVKS) und der Gemeinschaft Solothurnischer Alters- und Pflegeheime (GSA). In den Referaten sowie im Podium standen zwei Themen im Fokus: der Ausbau der ambulanten Pflege und die Durchführung und Finanzierung von innovativen Projekten im Bereich der Pflege.

Christina Zweifel von Curaviva (Nationaler Branchenverband der Dienstleister für Menschen im Alter) sagte in ihrem Referat, dass es in Zukunft so-



Patrik Walther, Barbara Dörig und Fabian Gloor (v.l.) diskutierten über die Zukunft der Alterspflege im Kanton Solothurn. Bild: Andre Veith

wohl mehr Pflegeheime brauche, als auch einen Ausbau der ambulanten Pflege und mehr Alterswohnungen. Ein Projekt in diesem Bereich stellte Toni Oetterli in seinem Referat vor. Oetterli ist Institutionsleiter des Alters- und Pflegeheims Ischimmatt in Langendorf. Das Pflegeheim hat Land erworben, um darauf mehr betreutes Wohnen zu realisieren und dieses mit dem Pflegeheim zu verbinden. Patrik Walther, der Geschäftsführer des Alterszentrums Sumiswald AG, stellte in seinem Referat das Gesundheitsnetz Emmental vor.

Schiebt der Kanton die Verantwortung ab?

Zwei der Referenten, Toni Oetterli und Patrik Walther,

nahmen auch am Podium teil. Die anderen Teilnehmenden waren Barbara Dörig, Leiterin Alter, Pflege und Suchthilfe Kanton Solothurn, Marie-Louise Jordi Anderegg, Geschäftsleitung der Spitex Region Solothurn, und Fabian Gloor, Vorstandsmitglied des Verbandes Solothurner Einwohnergemeinden.

Die Entwicklung der ambulanten Pflege im Kanton wurde schnell zum Thema. «Wäre die Spitex bereit für einen Ausbau?», fragte Moderator Alain Röllin. Marie-Louise Jordi Anderegg sagte: «Wir sind uns gewohnt, flexibel und schnell zu reagieren und kreative Lösungen zu finden. Wir sind am Anfang, aber wir sind bereit.» Es sei auch wichtig, kosteneffizient

zu arbeiten und Freiwilligenarbeit in die ambulante Pflege einzubeziehen, sagte sie.

Der Moderator nahm das Projekt des Pflegeheims Ischimmatt als Beispiel und fragte Barbara Dörig und Fabian Gloor: «Ist es denn das Ziel, dass einzelne Pflegeinstitutionen im Kleinen Lösungen entwickeln, oder sollte nicht der Kanton oder die VSEG etwas im Grossen machen?» «Aus etwas Kleinem kann etwas Grosses entstehen», antwortete Dörig. «Durch Kooperationen, Synergien und mehr Player an Bord kann ein Projekt wachsen.» Der Moderator konterte: «Lehnt man sich als Kanton da nicht etwas zurück und schiebt die Verantwortung ab?»

Darauf reagierte das Publikum deutlich mit Lauten der Zustimmung. «Der Kanton ist bereit, Projekte zu unterstützen», sagte Dörig. «Aber am Schluss ist es trotzdem an den Institutionen, diese zu starten.» Fabian Gloor verteidigte auch kleinere Projekte: «Es liegt eine Chance im Kleinen. So kann man ausprobieren, was am besten funktioniert. Deswegen sollte man Innovation fördern.»

Gemeinden fordern Verständnis

Auf dieser Grundlage wurde die Finanzierung entsprechender Projekte durch den Kanton diskutiert. Patrik Walther sagte, das Gesundheitsnetz Emmental hätte ohne die Hilfe des Kantons auch nicht finanziert werden können, aber: «Wir haben das Projekt beim Kanton eingegeben, sonst wäre nichts passiert.»

Fabian Gloor sagte, es wäre am besten, wenn Gemeinden, der Kanton und Pflegeinstitutionen gemeinsam etwas finanzieren würden. «Wir wissen, dass die Finanzierung von Pflegeinstitutionen nicht einfach ist, aber die Finanzlage der Gemeinden ist auch nicht einfach und dafür bitten wir um Verständnis.»

Toni Oetterli reagierte darauf: «Wer denkt, Institutionen könnten Kosten senken, liegt falsch. Die Ansprüche an uns werden immer höher.» Gloor sagte: «Dafür haben wir auch Verständnis. Wir müssen die Qualität hochhalten, aber auch schauen, dass Ressourcen am richtigen Ort eingesetzt werden. So können wir die Kosten vielleicht nicht senken, aber dämpfen.»

Nachrichten

Schülerin angefahren und abgehauen

Balsthal Eine 13-jährige Schülerin war am Montagnachmittag in Balsthal unterwegs. Um 15.45 Uhr wollte sie in Begleitung einen Fussgängerstreifen zwischen Coop und Migros überqueren. Dabei wurde sie von einer Person auf einem Velo angefahren. Die Schülerin wurde erheblich verletzt und musste in ein Spital gebracht werden. Ohne sich um sie zu kümmern, entfernte sich die unbekannte Person. Die Polizei sucht nun Zeugen. Wer etwas gesehen hat: Infos an 032 627 81 17. (pks)

Telefonbetrüger erwischt und verhaftet

Langendorf Ein angeblicher Bankangestellter meldete sich per Telefon bei einer Rentnerin. Er forderte sie dazu auf, Geld abzuheben und an einem Treffpunkt zu deponieren. Damit würde sie mithelfen, einen Betrug aufzudecken. Die Frau deponierte das Geld allerdings nicht, sondern wandte sich an die Polizei. Diese konnte einen 19-jährigen Ukrainer anhalten und festnehmen, der die vermeintliche Beute abholen wollte. Die Betrugsmasche ist nach wie vor aktuell, warnt die Polizei. Sie rät:

- Seien Sie misstrauisch, wenn Unbekannte Sie anrufen.
- Lassen Sie sich nicht unter Druck setzen und beenden Sie bei Zweifeln das Gespräch.
- Geben Sie keine Auskünfte über finanzielle Verhältnisse, Wertsachen oder Passwörter.
- Übergeben Sie niemals Geld oder Wertsachen an unbekannte Personen.
- Melden Sie verdächtige Anrufe der Polizei. (pks)